

**Niederschrift über die Sitzung des Kreisausschusses
am Freitag, dem 05.06.2020, im Forum der Sparkasse Münsterland
Ost, Freckenhorster Straße 69, 48231 Warendorf**

**Beginn: 09:00 Uhr
Ende: 11:40 Uhr**

	Seite
<u>I. Öffentlicher Teil</u>	
1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner	6
2. Bericht der Verwaltung	7
3. Corona-Pandemie: Auswirkungen und Schlussfolgerungen	126/2020 8
4. Bericht zur Haushaltssituation 2020	096/2020 15
5. Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2019	098/2020 16
6. Gesamtabschluss: Beschlüsse über die Jahresergebnisse 2017 und 2018	129/2020 17
7. Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes des Kreises Warendorf	123/2020 18
8. Kommunale Pflegeplanung 2020	119/2020/1 20
9. Sanierungsprogramm 2021 - 2023 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule	087/2020 21

10.	Förderung über den DigitalPakt Schule	109/2020	22
11.	Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen	122/2020	23
12.	Anpassung Linienbündel	071/2020	24
13.	Vergabe Linienbündel WAF 2, 3, 5 und 7 – Delegationsvereinbarungen	070/2020	25
14.	Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2022	072/2020	26
15.	3. Änderungssatzung zur Satzung „Allgemeine Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW“	077/2020	27
16.	Antrag auf Förderung des MobiTickets 2021	076/2020	28
17.	Satzungsänderung ZVM	074/2020	29
18.	EEA-Arbeitsprogramm	065/2020/1	30
19.	Wasserschutzgebietsverordnung Ostbevern	112/2020	31
20.	Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion	132/2020	32

II. Nichtöffentlicher Teil

1.	Kauf der Krumtüngrer Entsorgung GmbH (KEG) Anteile durch die AWG Kommunal	057/2020	33
2.	Öffentlicher Dienstleistungsauftrag Regionalverkehr Münsterland GmbH	066/2020	34
3.	Vergabe der Schülerbeförderung zur Astrid-Lindgren-Schule, Standorte Warendorf und Beckum sowie zum Lernort Regenbogenschulhaus in Ahlen für die Schuljahre 2020/21 bis 2023/24	127/2020	35
4.	Änderung der Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale NRW	111/2020/1	36

- | | | | |
|-----------|--|-----------------|----|
| 5. | Besetzung der Stelle der Schulleitung am Berufskolleg Beckum des Kreises Warendorf | 106/2020 | 37 |
| 6. | Besetzung der Stelle der Schulleitung am Schulischen Lernort gem. § 132 Abs. 3 SchulG in Ahlen | 107/2020 | 38 |

Anlage 1 Präsentation zu TOP 3 Corona

Anlage 2 Präsentation zu TOP 4 Haushaltssituation

Anlage 3 Beantwortung der FWG Anfrage (TOP 20)

Anwesend:

Vorsitz	
Gericke, Olaf, Dr.	
Mitglieder des Kreisausschusses	
Arnkens-Homann, Dagmar	
Birkhahn, Astrid	
Blex, Christian, Dr.	
Buschkamp, Franz-Josef	
Diekhoff, Markus	
Gerwing, Theresia	
Grap, Valeska	
Gutsche, Guido	
Kleene-Erke, Andrea	
Luster-Haggeney, Rudolf	
Möllmann, Rolf	
Nienkemper, Dorothea	
Ommen, Detlef	
Schlösser, Ulrich	
Westerwalbesloh, Florian	
von der Verwaltung	
Bleicher, Herbert, Dr.	
Funke, Stefan, Dr.	
Heuermann, Wiebke	
John, Kai	
Klausmeier, Brigitte	
Schreier, Petra	
Wessel, Katharina	

Es fehlten entschuldigt:

Mitglieder des Kreisausschusses	
Blömker, Franz-Ludwig	Vertreten durch Fr. Kleene -Erke
Lepper, Martin	
Schulte, Stephan	

Landrat Dr. Gericke eröffnet um 9.00 Uhr die Sitzung und begrüßt die Mitglieder des Kreisausschusses sowie die Vertreter der Presse.

Landrat Dr. Gericke stellt fest, dass der Kreisausschuss mit Einladung vom 25.05.2020 form- und fristgerecht einberufen worden ist.

Anschließend weist Landrat Dr. Gericke darauf hin, dass die Vorlage 126/2020 „Corona-Pandemie Auswirkungen und Schlussfolgerungen“ am 28.05.2020 per Post nachgesendet und in Mandatos hochgeladen wurde. Auch die Vorlage 127/2020 „Vergabe der Schülerbeförderung zur Astrid-Lindgren-Schule, Standorte Warendorf und Beckum, sowie zum Lernort Regenbogenschulhaus in Ahlen für die Schuljahre 2020/21 bis 2023/24“ wurde am 28.05.2020 per Post nachgesendet und in Mandatos hochgeladen.

Landrat Dr. Gericke weist darauf hin, dass folgende Unterlagen als Tischvorlage ausliegen: Ergänzungsvorlage 119/2020/1 „Kommunale Pflegeplanung 2020“, per Mail versendet am 02.06.2020, Ergänzungsvorlage 065/2020/1 „EEA-Arbeitsprogramm“, welche am 04.06.2020 per Mail verschickt wurde sowie die Ergänzungsvorlage 111/2020/1 „Änderung der Vereinbarung mit der Verbraucherzentrale NRW“, welche am 02.06.2020 per Mail verschickt wurde.

Auf die Frage nach weiteren Anträgen zur Tagesordnung meldet sich kein Mitglied zu Wort.

I. Öffentlicher Teil

1. Fragestunde für Einwohnerinnen und Einwohner

Auf Nachfrage meldet sich keine Einwohnerin / kein Einwohner zu Wort.

2. Bericht der Verwaltung	
----------------------------------	--

Kreisdirektor Dr. Funke berichtet über die aktuelle Lage bezüglich der kommenden Kommunalwahl. Die Frist für das Einreichen der Wahlvorschläge wurde um elf Tage verschoben auf den 27.07.2020 18:00 Uhr. Die Sitzung des Wahlausschusses müsse daher ebenfalls verschoben werden. Der genaue Ersatztermin werde noch bekannt gegeben. Voraussichtlich finde die nächste Sitzung des Wahlausschusses am 31.07.2020 statt.

Die Briefwahl beginne am 09.08.2020, sofern keine Widersprüche bei den Wahlvorschlägen vorliegen. Falls doch, beginne die Briefwahl ab Mitte August 2020. Darüber hinaus wurde die Anzahl der erforderlichen Unterstützungsunterschriften auf 60% reduziert. Stimmbezirke können vergrößert werden und Wahllokale können in größere Gebäude verlegt werden. Die Wahlvorstände dürfen zehn statt wie bisher acht Mitglieder umfassen.

Sollten sich weitere Änderungen ergeben, werde darüber informiert.

Auf Nachfrage von Herrn Schlösser (Die Grünen) erläutert Kreisdirektor Dr. Funke, dass sich die festgelegten Wahlbezirke nicht verändern.

3.	Corona-Pandemie: Auswirkungen und Schlussfolgerungen	126/2020
-----------	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke berichtet über den aktuellen Stand der Corona-Pandemie. Bezüglich genauer statistischer Daten wird auf die anliegende Präsentation verwiesen. Landrat Dr. Gericke betont, wie gut es war, dass bereits frühzeitig reagiert wurde.

Dezernat II

Frau Dezernentin Schreier berichtet aus ihrem Dezernat II. Die Hauptaufgabe vom Haupt- und Personalamt war die Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit des Hauses und die Einsatzplanung. Um die Arbeitsfähigkeit sicherzustellen wurde ziemlich schnell das Kreishaus für den alltäglichen Bürgerverkehr geschlossen. Das Betreten des Kreishauses war nur noch mit wichtigem Grund und vorheriger Terminvereinbarung möglich. Darüber hinaus wurden Doppelbüros entzerrt oder falls dies nicht möglich war, mit Spuckschutzwänden versehen. Die Kapazität der Tele-Arbeitsplätze wurde von 105 auf 180 aufgestockt. Zusätzlich wurde herausgearbeitet, welche Mitarbeiter systemrelevant sind. Ebenfalls wurde geschaut, welche Mitarbeiter zur Risikogruppe gehören und welche Mitarbeiter Kinder oder Angehörige betreuen müssen.

Das Hochfahren des Kreishauses ist deutlich aufwendiger, als das Herunterfahren. Derzeit befinden wir uns in der dritten Stufe des Prozesses (von insgesamt drei Stufen). Mit dem 15.06.2020 soll das Kreishaus wieder für den Bürgerkontakt geöffnet werden.

Neben der Sicherstellung der Arbeitsfähigkeit hat das Haupt- und Personalamt einen Mitarbeiter-Pool mit 70 Mitarbeitern mobilisiert. Darüber hinaus haben 120 Mitarbeiter in verschiedenen Bereichen, wie zum Beispiel den Abstrichstellen in Beckum und Telgte, ausgeholfen.

Frau Dezernentin Schreier berichtet, dass das Rechtsamt bei den sich ständig erneuernden Corona-Richtlinien viel unterstützt hat. Die Ärztliche Leitung des Rettungsdienstes hat den Krisenstab unterstützt und beratend zur Seite gestanden.

Die Stellenbesetzungsverfahren konnten auf Grund der Corona-Pandemie nicht wie gewohnt stattfinden. Ebenso konnten viele Aufgaben des Amtes für öffentliche Sicherheit, Ordnung und Straßenverkehr nicht durchgeführt werden. Doch auch in manchen Bereichen wurden die Dienstleistungen weniger in Anspruch genommen. So gab es im April ca. 800 Einsatzfahrten des Rettungsdienstes weniger wie üblich, da der Notruf aus Angst vor einer Ansteckung weniger getätigt wurde. Dies wirkt sich auch auf die Gebühreneinnahmen aus.

Frau Dezernentin Schreier bedankt sich für die gute kommunale Zusammenarbeit. Es konnte auf kurzem Wege Desinfektionsmittel produziert und Schutzausrüstungen verteilt werden.

Im Bereich der Zulassungsstelle fallen auf Grund der Corona-Pandemie und der damit zusammenhängenden Einlassbeschränkung etwa 20 % weniger Gebühren an. Die Zulassungsstelle ist jedoch zu den regulären Zeiten mit Online-Terminen geöffnet.

Durch das Wegfallen von Plankontrollen im Bereich Lebensmittel und Tierschutz, gibt es zwar auch in diesem Bereich Gebühreneinbußen, jedoch konnten die Mitarbeiter gut im Gesundheitsamt aushelfen. Die dadurch entstehenden freien Laborkapazitäten beim CVUA-MEL konnten für u.a. symptomunabhängige Corona-Proben verwendet werden.

Dezernat III

Frau Dezernentin Klausmeier berichtet aus ihrem Dezernat III. Früh wurde thematisiert, wie die Auszahlung der Sozialleistungen für die ca. 11.000 Leistungsempfänger und die Beratungs- und Betreuungsleistungen sichergestellt werden können. Die nötigen persönlichen Beratungen des sozialpsychiatrischen Dienstes wurden oft draußen in voller Schutzmontur geführt.

Einstellungsuntersuchungen beim Gesundheitsamt wurden nur noch durchgeführt, sofern sie zwingend erforderlich waren. Einschulungsuntersuchungen wurden eingestellt und werden nun langsam wiederaufgenommen.

Im Bereich Kinderschutz wurde mit den Familien, die in den letzten sechs Monaten Kontakt mit dem Jugendamt hatten, direkt am 16.03.2020 Kontakt aufgenommen, um bei etwaigen Situationen zu unterstützen.

Integrationshelfer in den Schulen oder auch Autismustherapien sind nur mit persönlichem Kontakt möglich und konnten dementsprechend nicht wie gewohnt stattfinden. Dennoch wurden die Träger vom Kreis Warendorf weiterfinanziert. Das vom Bund erlassene Sozialdienstleistungsgesetz besagt, dass die Träger auf Antrag mit 75 % weiter finanziert werden können. Die Träger wurden über diese Möglichkeit informiert. Dennoch kamen wenige Anträge zurück.

Frau Dezernentin Klausmeier berichtet, dass die Hotline des Gesundheitsamtes seit dem 23.05.2020 eingeschränkt besetzt ist. Durch die Lockerungen des Kontaktverbotes stiegen zwar die Zahlen der Kontaktpersonen, die Nachfragen bei der Hotline lassen jedoch nach.

Die ohne Anlass durchgeführten Testungen in den Pflegeheimen waren erfreulicherweise alle negativ. Die fünf positiv getesteten Mitarbeiter des Schlachtbetriebes Tönies kommen aus Oelde Stromberg und sind inzwischen im Kreis Gütersloh.

Die für die Notfallversorgung eingerichteten Unterkünfte wurden bisher nicht in Anspruch genommen. Die Unterkunft in der LVHS und im Berufskolleg Beckum sollen zunächst weiter aufrechterhalten werden, um im Falle einer zweiten Welle vorbereitet zu sein. Haus Luise wird dagegen geschlossen.

Frau Klausmeier gibt noch einen Hinweis für das Protokoll: Die Corona-Inobhutnahme für Kinder und Jugendliche ist für 4 bis 17-Jährige (nicht wie versehentlich in den Folien angegeben 7 – 14-Jährige).

Dezernat IV

Herr Dezernent Bleicher berichtet aus seinem Dezernat IV. Insbesondere im Bereich Umweltschutz, Immissionsschutz und Wasserschutzrecht wurden die förmlichen Verfahren durch die Corona-Pandemie erschwert. Die reguläre Einbindung der Öffentlichkeit war nicht wie bisher möglich und dadurch konnten Fristen nicht eingehalten werden. Erörterungstermine mussten verschoben werden und es wurde mit den jeweiligen Trägern gesprochen, um mögliche Schadenersatzansprüche zu vermeiden. Es wird probiert, so nah wie möglich am jetzigen Gesetz zu bleiben und die Verfahrensvorschriften und Fristen einzuhalten.

Es wird informiert, dass während der Corona-Pandemie mehr Bauanträge eingegangen sind. Daraufhin hat die Landesregierung reagiert und eine Rechtsverordnung erlassen.

Windenergieanlagen werden nach wie vor bearbeitet und genehmigt.

Herr Dezernent Bleicher berichtet, dass der Lockdown enorme Auswirkungen auf den ÖPNV hat. Inzwischen werden wieder fast 100 % der ÖPNV-Leistungen angeboten. Lediglich bei den Abend-, Nacht- und Wochenendfahrten gibt es noch Einschränkungen. Bei den Zügen gibt es in der Hauptverkehrszeit derzeit eine Auslastung von ca. 25 – 30 %. Eine Steigerung wird vermutet. Es wird mit einem Einnahmeausfall in Höhe von etwa 900.000 Euro gerechnet. Am 15.06.2020 überlegt das Land, ob die Kommunen einen finanziellen Ausgleich erhalten. Eine Resolution des NWL, VRR, NVR und RVM wurde bereits beim Land eingereicht.

Dezernat I

Kreisdirektor Dr. Funke berichtet aus seinem Dezernat I. Der gute IT-Stand der Verwaltung (z.B. die E-Akten im Jobcenter) waren eine gute Basis in dieser Krise. Insbesondere das Amt für Informationstechnik und Digitalisierung hat viel für die Schulen gemacht.

Im Amt für Hochbau und Immobilienmanagement gab es ebenfalls Einschränkungen und Verzögerungen, sodass manche Dinge ins nächste Jahr verschoben werden mussten.

Im Amt für Geoinformation und Kataster hat es sich als vorteilhaft erwiesen, dass Architekten Auszüge aus dem Liegenschaftskataster online erhalten und bezahlen konnten.

Kreisdirektor Dr. Funke berichtet, dass bezüglich der Folgen der Corona-Pandemie nur der aktuelle Stand mitgeteilt werden kann und die Personalkosten noch nicht mit

inbegriffen sind. Zum jetzigen Zeitpunkt können nur die Ein- und Ausgaben betrachtet werden und noch nicht die gesamten Corona bedingten Schäden. Die derzeitigen finanziellen Auswirkungen belaufen sich auf etwa minus 6,5 Millionen Euro. Weitere Daten können der PowerPoint-Präsentation entnommen werden. Durch den guten Jahresabschluss 2019 kann jedoch ein Teil der Mehrbelastung kompensiert werden.

Am 04.06.2020 wurde bekannt gegeben, dass der Bund 75 % der Kosten der Unterkunft und Heizung der Sozialhilfeempfänger (SGB II) übernimmt.

Kreisdirektor Dr. Funke bittet den Kreisausschuss, der Verwaltung für die nächsten Monate mehr Kompetenzen einzuräumen und die Budgetregeln für Corona bedingte Überschreitungen im Jahr 2020 zu ändern. So könne bei einer Budgetüberschreitung kurzfristig gehandelt werden ohne dass ein Dringlichkeitsbeschluss von Nöten ist. Die Verwaltung müsse in dieser besonderen Situation handlungsfähig bleiben. Geplant sei eine Erhöhung seiner Kompetenzen für Corona bedingte Budgetüberschreitungen von 60.000 Euro auf 450.000 Euro (1 % des Haushaltsvolumens). Die 50 % - Regelung soll unverändert bleiben. Kreisdirektor Dr. Funke versichert, dass er über solche Überschreitungen informieren würde.

Landrat Dr. Gericke erinnert mit Bildern an das Hochwasser in Ahlen im Jahr 2001 und an das Winterchaos 2010/2011. Wichtig sei, auch in dieser Situation zu überlegen, welche Schlussfolgerungen gezogen werden müssen, um eine Wiederholung zu vermeiden. Herr Kreisbrandmeister Gottmann wird nun schildern, welche konzeptionellen Überlegungen angestellt wurden, um aus dieser Situation Schlussfolgerungen zu ziehen.

Herr Kreisbrandmeister Gottmann berichtet über die aktive Zusammenarbeit des Krisenstabes und der Leitstelle. Begonnen habe der Krisenstab im kleinen Krisenstabsraum. Schnell wurde ein Umzug in das kleine Ausschusszimmer des Kreises notwendig. Da der Kreis Warendorf auf eine solch große Pandemielage nicht vorbereitet war, fehlte es an Schutzkleidung und ähnlichem. Um in der Zukunft auf die Katastrophenlagen vorbereitet zu sein, sei es wichtig, dass ein vernünftiger Krisenstabsraum eingerichtet werde. Es sollte bereits jetzt nach passenden Räumlichkeiten gesucht werden. Die technische Ausstattung müsse erweitert, die Digitalisierung vorangetrieben, Schutzmaterial vorgehalten und Lagerräume bereitgestellt werden.

Auf Nachfrage von Frau Arnkens-Homann (SPD) bestätigt Herr Kreisbrandmeister Gottmann, dass dem Kreis Warendorf kein eigenes Lager zur Verfügung steht. Frau Arnkens-Homann (SPD) macht deutlich, wie wichtig ein eigenes Lager, sowie ein eigener Krisenstabsraum für den Kreis sind.

Frau Grap (Die Grünen) dankt der Kreisverwaltung für den guten Umgang mit der Krise. Sie tragen den Beschlussvorschlag mit.

Herr Gutsche (CDU) erklärt, dass die Krise gezeigt habe, dass wir uns nicht immer auf andere verlassen könnten, sondern eigenverantwortlich handeln müssten. Er bedankt sich beim Landrat Dr. Gericke und den Dezernenten für den guten Sachstandsbericht. Im Sinne der Generationengerechtigkeit hofft Herr Gutsche darauf,

dass durch die entstandenen Kosten nicht die nachfolgenden Generationen belastet werden.

Frau Nienkemper (FWG) betont, dass sie nicht davon ausgeht, dass wir die Krise schon überstanden haben. Sie richtet ihr Lob an die Verwaltung und die Politiker. Der Kreis Warendorf sei gut aufgestellt und vor der Zeit, aber trotzdem kann es auch uns immer noch treffen. Die Budgetüberschreitung sieht Frau Nienkemper (FWG) unproblematisch.

Frau Nienkemper (FWG) stellt vier Rückfragen:

- Was ist mit dem Krisenraum in der neu gebauten Leitstelle. Wäre dieser ausreichend?
 - o Herr Kreisbrandmeister Gottmann erklärt, dass Krisen immer von zwei Stäben behandelt werden: dem operativ-taktischen Stab und dem politischen Stab. Der Raum in der Leitstelle sei der Raum für den Stab der Einsatzleitung. Die Aufgaben dieses Stabes seien andere, als die des politischen Stabs der Verwaltung. Beide Stäbe seien laut dem Gesetzgeber unabhängig voneinander zu betrachten. Aus diesem Grund benötige jeder Krisenstab seinen eigenen Raum.
 - o Frau Dezernentin Schreier führt darüber hinaus auf, dass es vorkommen kann, dass zwei Krisen parallel eintreffen und dann benötigt die Leitstelle ihren Raum.
 - o Landrat Dr. Gericke betont, dass flexible Räume geschaffen werden müssen, die unterschiedlich eingesetzt werden können. Zum Beispiel für die Nachverfolgung von Kontaktpersonen oder für das Besetzen der Hotline.
- Werden beim CVUA-MEL nur Proben vom Kreis Warendorf getestet oder auch Proben von anderen Kreisen/Städten?
 - o Frau Dezernentin Schreier erklärt, dass sich der Kreis Warendorf beim CVUA-MEL eine Kapazität von 500 Proben pro Tag gesichert hat. Der Kreis Warendorf sei hierfür jedoch auch in Vorleistung getreten.
- Warum wurde der Telefonservice der Stadt Telgte wieder von der Stadt Telgte übernommen? Fehlt es an Kapazitäten?
 - o Frau Dezernentin Schreier informiert, dass der Telefonservice unter anderem wieder von der Stadt Telgte übernommen wurde, um das Kreisnetz nicht weiter zu belasten, da es zwischendurch vermehrt zu einer Überlastung der Verbindung gekommen ist.
- Wie werden die Werbeanzeigen in der WN etc. abgerechnet?
 - o Frau Dezernentin Schreier erklärt, dass viele Werbeanzeigen über Social Media verbreitet wurden, sodass keine Kosten entstanden sind.
 - o Landrat Dr. Gericke berichtet, dass die Werbeanzeigen aus dem jährlichen regulären Budget bezahlt werden.

Herr Diekhoff (FDP) bedankt sich beim Kreis Warendorf für die hervorragende Leitung durch die Krise. Er bedankt sich insbesondere bei Herrn Kreisbrandmeister Gottmann und all seinen Kollegen, die stets geholfen haben, wo viele das Helfen gemieden haben. Er freut sich, dass alle Fraktionen dies anerkennen. Herr Diekhoff (FDP) betont, wie wichtig es ist, die sparsame Finanzpolitik der letzten Jahre weiter-

zuführen, da Schulden die nächste Generation belasten würden.

Herr Dr. Blex (AfD) bedankt sich beim Krisenstab und stimmt zu, dass erkannte Schwächen ausgebaut werden sollten. Er stimmt der Änderung der Budgetregeln nicht zu.

Frau Nienkemper (FWG) betont, dass die Kreisverwaltung richtig und vorausschauend gehandelt habe.

Frau Arnkens-Homann (SPD) findet die Beschlussvorlage gut, und die SPD stimmt dieser zu.

Beschlussvorschlag:

1. Vor dem Hintergrund der in der Corona-Pandemie gesammelten Erfahrungen wird die Verwaltung beauftragt, ein Konzept zur Stärkung des Gesundheits- und Bevölkerungsschutzes im Kreis Warendorf zu erarbeiten. Bei der Konzepterstellung sollen auch die weiteren im Bevölkerungsschutz beteiligten Akteure eingebunden werden, um die dort gewonnenen Erkenntnisse berücksichtigen zu können.

2. Der Kreistag appelliert an den Bund und an das Land NRW, mit nennenswerten Finanzmitteln die drastischen Einnahmeausfälle und Mehrausgaben der Kommunen durch die Covid-19-Pandemie noch in diesem Jahr und für das nächste Jahr auch im Kreis Warendorf in angemessenem Umfang auszugleichen („Rettungsschirm für die Kommunen“). Die Verwaltung wird diesen Appell über den Kommunalen Spitzenverband an Land und Bund richten.

3. Die Kreisverwaltung erweitert bedarfsorientiert die Leitungskapazitäten für die sichere Datenübermittlung und die Telefonie und erhöht die Ausfallsicherheit dieser Netze. Hierzu werden zeitnah Verhandlungen mit dem Kommunalen Rechenzentrum citeq in Münster geführt.

4. Der Festlegung für erhebliche Covid-19-bedingte Budgetüberschreitungen im Sinne des § 83 Abs. 2 Gemeindeordnung NRW für die Haushaltsausführung 2020 in der Dienstanweisung zur dezentralen Ressourcenverantwortung im NKF – Budgetregeln – wird entsprechend der Vorlage zugestimmt.

5. Kreisverwaltung und Kreistag sind bestrebt, bei der Haushaltsausführung 2020 und der Haushaltsplanung 2021 auf die äußerst angespannte Finanzlage der kreisangehörigen Städte und Gemeinden in besonderer Weise Rücksicht zu nehmen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

4. Bericht zur Haushaltssituation 2020

096/2020

Kreisdirektor Dr. Funke berichtet, dass die diesjährige Haushaltssituation unmittelbar mit der Corona-Pandemie zusammenhängt. Bezüglich des Inhaltes des Finanzstatusberichtes wird auf die anliegende Präsentation verwiesen.

Nach jetzigem Stand könnte sich ein Jahresfehlbetrag in Höhe von 6,5 Millionen Euro ergeben. Die Ergebnisverschlechterung betrage 2,6 Millionen Euro. Zwar sei es pandemiebedingt zu Verschlechterungen in Höhe von 6,2 Millionen Euro gekommen, jedoch habe es an anderer Stelle Verbesserungen gegeben.

Dr. Funke hofft, dass die Vorschrift des NKF-Covid-19-Isolierungsgesetzes über die Aktivierung des Schadens zu einer „kann“ Vorschrift wird, da sie für den Kreis Warendorf nur als Ultima Ratio in Betracht kommt.

Frau Arnkens-Homann (SPD) erkundigt sich nach der Entwicklung der Summen, welche aufgrund der Regelung des Angehörigen-Entlastungsgesetzes für die Kosten der Hilfe zur Pflege einkalkuliert wurden.

Antwort von der Verwaltung:

Wie bei der Haushaltsaufstellung prognostiziert, sind die Fallzahlen im Bereich der Hilfe zur Pflege durch die Einführung des Angehörigen-Entlastungsgesetzes und den damit verbundenen (fast vollständigen) Wegfall des Unterhaltsrückgriffs gestiegen. Im Jahr 2019 lag die durchschnittliche Fallzahl noch bei 683. Seit dem 01.01.2020 ist die durchschnittliche Fallzahl sprunghaft um ca. 7,3 % auf 733 gestiegen. Die prognostizierten Mehrkosten von 600.000 € für das Jahr 2020 werden nach aktuellem Stand vermutlich noch übertroffen. Die Fallzahl liegt zum 01.07.2020 bei 752 Fällen. Die weitere Entwicklung muss abgewartet werden.

Zur Kenntnis.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

5.	Über- und außerplanmäßige Aufwendungen und Auszahlungen 2019	098/2020
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

Die über- und außerplanmäßigen Aufwendungen und Auszahlungen lt. Anlage 1 werden zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

6.	Gesamtabschluss: Beschlüsse über die Jahresergebnisse 2017 und 2018	129/2020
-----------	--	-----------------

Kreisdirektor Dr. Funke erklärt, dass die Entwicklungen auf den ersten Blick positiv sind und bittet um Zustimmung, dass der Gewinn der Rücklage zugeführt wird.

Beschlussvorschlag:

1. Der Gesamtbilanzgewinn 2017 in Höhe von 5.489.381,00 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.
2. Der Gesamtbilanzgewinn 2018 in Höhe von 9.935.589,93 € wird der allgemeinen Rücklage zugeführt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

7.	Fortschreibung des Rettungsdienstbedarfsplanes des Kreises Warendorf	123/2020
-----------	---	-----------------

Landrat Dr. Gericke schlägt vor, die Vorlage im Kreistag am 19.06.2020 ausführlicher zur beraten.

Beschlussvorschlag:

- 1.) Der Rettungsdienstbedarfsplan einschließlich der Anlage A.1 zur Notfallsanitäterausbildung wird in der vorgelegten Fassung beschlossen.
- 2.) Die Verwaltung wird beauftragt, die in dem Rettungsdienstbedarfsplan festgelegten Maßnahmen umzusetzen.
- 3.) Zur Umsetzung des Rettungsdienstbedarfsplanes werden außerplanmäßig 15,5 Stellen im Stellenplan 2020 zusätzlich eingerichtet. Hiervon entfallen
 - 7,5 Stellen auf die Besetzung der Rettungsmittel an den kreiseigenen Rettungswachen,
 - 1,0 Stelle auf den Aufbau eines medizinischen Qualitätsmanagements im Rettungsdienst,
 - 5,0 Stellen auf die Leitstellendisposition,
 - 1,0 Stelle auf die Systemadministration Einsatzleitsystem,
 - 1,0 Stelle für die vorhaltende Stelle Digitalfunk.
- 4.) Für die medizinisch-technische Ausstattung von zwei zusätzlichen RTW und Ausstattung der Rettungswachen zur Schaffung provisorischer Räumlichkeiten werden überplanmäßige Haushaltsmittel in Höhe von 160.000 € unter der Investition Nr. 07.32.000 (Betriebs- und Geschäftsausstattung Rettungsdienst) bewilligt. Die Deckung erfolgt durch Minderauszahlungen bei der Investition Nr. 20.32.001 (Mobile Datenerfassung Rettungsdienst). Das Projekt wird in das Jahr 2021 verschoben und die Haushaltsmittel hierfür im Haushaltsplan 2021 veranschlagt.
- 5.) Für die Anschaffung von zwei zusätzlichen RTW werden außerplanmäßige Verpflichtungsermächtigungen zu Lasten des Jahres 2021 in Höhe von insgesamt 340.000 € bewilligt und zwar bei den Investitionen
 - Nr. 20.32.007 „RTW 2 Ennigerloh“ 129.000 €,
 - Nr. 20.32.008 „RTW 2 Sendenhorst“ 129.000 €,
 - Nr. 17.32.002 „Elektro-hydraulische Fahrtragen“ 82.000 €.

Die Deckung erfolgt durch die Nicht-Inanspruchnahme einer Verpflichtungsermächtigung bei den Investitionen

- Nr. 15.66.003 „Optimierung Anbindung der K30 an L792“ i.H.v. 280.000 €,

- Nr. 20.32.001 „Mobile Datenerfassung Rettungsdienst“ i.H.v. 25.000 €,
- Nr. 20.32.006 „Beschaffung PKW Leitstelle“ i.H.v. 35.000 €.

6.) Für die medizinisch-technische Ausstattung des dritten Reserve-RTW werden in 2021 70.000 € im Haushaltsplan veranschlagt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

8. Kommunale Pflegeplanung 2020

119/2020/1

Beschlussvorschlag:

Die Kommunale Pflegeplanung 2020 wird mit der Ergänzung des Ausschusses für Arbeit, Soziales und Gesundheit vom 28.05.2020 beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

9.	Sanierungsprogramm 2021 - 2023 an den Caritas-Förderschulen Heinrich-Tellen-Schule und Vinzenz-von-Paul-Schule	087/2020
-----------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Die Instandsetzungsaufwendungen i. H. v. insgesamt 2.031.000 € an der Heinrich-Tellen-Schule und der Vinzenz-von-Paul-Schule in den Jahren 2021 bis 2023 werden anerkannt.
2. Finanzierung der Instandsetzungen mittels Darlehen:
 - a) Der Kreis Warendorf trägt die Zins- und Tilgungsleistungen für neue Darlehen i. H. v. maximal 1.603.400 € des Caritasverbandes im Kreisdekanat Warendorf e. V. während der gesamten Laufzeit, soweit keine Förderung durch Dritte erfolgt.
 - b) Zu diesem Zweck wird der Übernahme einer Ausfallbürgschaft für ein vom Caritasverband im Kreisdekanat Warendorf e. V. noch aufzunehmendes Darlehen für den aufgeführten Zweck i. H. v. maximal 1.603.400 € zugestimmt.
3. Direkte Finanzierung der Instandsetzungen über die Schul-/ Bildungspauschale:

Der verbleibende Betrag i. H. v. maximal 427.600 € wird in den Jahren 2021 bis 2023 aus den Mitteln der Schul- und Bildungspauschale des Kreises Warendorf getragen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

10. Förderung über den DigitalPakt Schule

109/2020

Beschlussvorschlag:

Das in den Erläuterungen und in der Anlage 1 dargestellte Konzept zur Umsetzung des Förderprogramms „DigitalPakt Schule“ wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

11.	Abschluss einer Abstimmungsvereinbarung mit den Dualen Systemen	122/2020
------------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Landrat wird ermächtigt, mit den Städten und Gemeinden und der AWG Kommunal zur Regelung der Verpackungsentsorgung eine entsprechend konkretisierende Abstimmungsvereinbarung auf der Grundlage der beigefügten Orientierungshilfe mit dem gemeinsamen Vertreter der Systeme abzuschließen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

12.	Anpassung Linienbündel
------------	-------------------------------

071/2020

Beschlussvorschlag:

Der aktualisierten Linienbündelung als Teil des Nahverkehrsplanes Kreis Warendorf wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

13.	Vergabe Linienbündel WAF 2, 3, 5 und 7 – Delegationsvereinbarungen	070/2020
------------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Der Landrat wird beauftragt, die öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlagen mit den benachbarten Aufgabenträgern über die Übertragung der Zuständigkeit für die Vergabe von Linienverkehren (Linienabschnitte) abzuschließen.
 - 1.1 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Stadt Münster
 - 1.2 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Stadt Hamm
 - 1.3 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Kreis Coesfeld
 - 1.4 Delegationsvereinbarung Kreis Warendorf – Landkreis Osnabrück
2. Der Landrat wird ermächtigt, Änderungen der Entwürfe der öffentlich-rechtlichen Vereinbarungen gemäß Anlagen nach Vorgabe der Kommunalaufsicht vorzunehmen, die die materiellen Regelungen unberührt lassen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

14.	Wettbewerbliches Verfahren für die Betriebsaufnahme von Linienbündeln im Jahr 2022	072/2020
------------	---	-----------------

Beschlussvorschlag:

1. Dem dargestellten Leistungsangebot sowie den erforderlichen Anpassungen des Nahverkehrsplans wird zugestimmt.
2. Die Verwaltung wird beauftragt, mit dem ZVM Bus das wettbewerbliche Verfahren durchzuführen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

15.	3. Änderungssatzung zur Satzung „Allgemeine Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11a Abs. 2 ÖPNVG NRW“	077/2020
------------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag beschließt die 3. Änderungssatzung zur allgemeinen Vorschrift des Kreises Warendorf zu § 11 a Abs. 2 ÖPNVG NRW (Anlage) und beauftragt den Landrat, diese Änderung im Amtsblatt bekannt zu geben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

16.	Antrag auf Förderung des MobiTickets 2021	076/2020
------------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Dem Förderantrag für das MobiTicket für das Jahr 2021 wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

17.	Satzungsänderung ZVM	074/2020
------------	-----------------------------	-----------------

Beschlussvorschlag:

Der Satzungsänderung wird zugestimmt.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

18.	EEA-Arbeitsprogramm	065/2020/1
------------	----------------------------	-------------------

Beschlussvorschlag:

Der Kreistag stimmt dem vorgelegten Arbeitsprogramm zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

19.	Wasserschutzgebietsverordnung Ostbevern	112/2020
------------	--	-----------------

Beschlussvorschlag:

Gemäß § 35 Landeswassergesetz NRW i.V.m. § 27 Ordnungsbehördengesetz in ihrer derzeit gültigen Fassung stimmt der Kreistag der Neufestsetzung des Wasserschutzgebietes Ostbevern wie in der Anlage 3 zur Vorlage dargestellt zu.

Abstimmungsergebnis: einstimmig angenommen

20.	Anfrage der FWG-Kreistagsfraktion	132/2020
------------	--	-----------------

Landrat Dr. Gericke verliest die Antwort. Diese ist als Anlage dem Protokoll beigelegt.

Abstimmungsergebnis: zur Kenntnis genommen

Mit einem Dank an die Anwesenden schließt Landrat Dr. Gericke um 11:40 Uhr die Sitzung.

Dr. Olaf Gericke
Landrat

Dr. Stefan Funke
Schriftführer